

Selbstständiger Antrag SPÖ – eingelangt: 25.6.2020 – Zahl: 22.01.083

**81. BEILAGE IM JAHRE 2020 ZU DEN SITZUNGSBERICHTEN
DES XXXI. VORARLBERGER LANDTAGES**

Selbstständiger Antrag

An das
Präsidium des
Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Beilage 81/2020

Bregenz, 25. Juni 2020

Betrifft: **Wirtschaftsfaktor statt Kostenfaktor: Gesundheits- und Sozialbereich ausbauen statt kürzen**

Sehr geehrter Herr Präsident,

wie bereits schriftlich und medial angekündigt plant die Landesregierung, im Sozialbereich 5 % einzusparen (mit dem absurden Argument, dies sei ein Solidaritätsbeitrag gegenüber Arbeitslosen) und im Gesundheitsbereich sogar 10 %. Darüber hinaus wurden Nulllohnstunden für Landesbedienstete und auch für MitarbeiterInnen von Unternehmen und Organisationen mit Landesbeteiligung angekündigt.

Dass gerade nach den Erfahrungen der letzten Monate im Gesundheits- und Sozialsektor Kürzungen angedacht sind zeugt von mangelnder Lernfähigkeit. Seit langem ist allseits anerkannt, dass wir einen Mangel an Pflegekräften haben. Die Wartezeiten in Vorarlbergs Spitälern erreichen negative Spitzenwerte. Und all dies ohne Pandemie. Es sollten alle politischen Kräfte gelernt haben, dass es ein resilientes Sozial- und Gesundheitssystem braucht.

In Folge der wirtschaftlichen Einbrüche und der hohen Arbeitslosigkeit wird sich in Folge der Aufwand für Mindestsicherung/Sozialhilfe zwangsläufig erhöhen. Insbesondere auch das Grundbedürfnis Wohnen wird für noch mehr Menschen zur großen Herausforderung. Der Sozial- und Gesundheitsbereich ist nicht nur systemrelevant, er ist gleichzeitig auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für das Land. Er schafft unmittelbar krisensichere und gesellschaftlich wichtige Arbeitsplätze.

Diese müssen so wie alle Gehälter jährlich angepasst werden, nicht nur um das reale Einkommen der MitarbeiterInnen zu sichern, nicht nur weil ihre Arbeit es wert ist, sondern auch um Nachfrage und Konsum der heimischen Wirtschaft zu stabilisieren.

Unsere Krankenhäuser, das Gesundheitssystem und die sozialen Einrichtungen sind aber mit ihren Investitionen auch wichtige Auftraggeber für kleine und mittlere Unternehmen und zählen zudem zu den größten Arbeitgebern im Land. Auch aus diesem Blickwinkel sollte jetzt in diesen Bereichen investiert statt gekürzt werden, die sachliche Notwendigkeit hierfür besteht unwidersprochen.

Investitionen in diesem Bereich seien gesundheitspolitisch und volkswirtschaftlich sinnvoll. Damit kann das Land Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise durch direkte Maßnahmen dämpfen.

In kaum einem anderen Bereich kann die Politik den Arbeitsmarkt so sehr direkt mitgestalten wie im Gesundheits- und Sozialwesen. Jetzt gilt es, diesen Vorteil klug zu nutzen und für Beschäftigung und Nachfrage zu sorgen.

Die Lehre der Corona-Krise darf nicht sein, dass wir in Zukunft weniger in unsere Krankenhäuser investieren – sondern mehr! Das ist eine Frage der Verantwortung und in Zeiten wie diesen auch die korrekte Maßnahme zur Schaffung von Arbeit und Nachfrage.

Deshalb stellen die unterzeichnenden Abgeordneten gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

A n t r a g :

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert,

- 1.) ihre Einsparungspläne von 5% im Sozialbereich sowie 10% im Gesundheitsbereich zurück zu nehmen;
- 2.) im Gegensatz dazu geplante Investitionen auch rasch anzugehen;
- 3.) auf Nulllohnstunden zu verzichten;
- 4.) die Personalschlüssel, wie schon geplant, zu erhöhen und damit der nötigen Nachfrage und Qualität Rechnung zu tragen,
- 5.) die Wohnbeihilfe für Menschen mit geringem Einkommen zu erhöhen;

LAbg. Michael Ritsch MBA

LAbg. Elke Zimmermann

LAbg. Manuela Auer

KO Dr. Martin Staudinger

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 7. Sitzung im Jahr 2020, am 7. Oktober, den Selbstständigen Antrag, Beilage 81/2020, mit punkteweise unterschiedlichem Stimmverhalten – wie folgt – mehrheitlich abgelehnt:

- **Punkte 1. bis 4. mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS);**
- **Punkt 2. mit den Stimmen der VP- und der NEOS-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen (dafür: FPÖ und SPÖ).**

Hinweis: siehe auch Vorlage des Sozialpolitischen Ausschusses, Beilage 109/2020